

Nr. 4501 /J

II-9195 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1993 -03- 24

## Anfrage

der Abgeordneten Jakob Auer, und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Geldzustellung durch Briefträger

In einem Artikel der Tageszeitung "Die Presse" vom Mittwoch, 10. März 1993, wird berichtet, daß etwa vier Milliarden Schilling monatlich von den Gesamtzustellern (Briefträgern) in die österreichischen Haushalte gebracht werden. In dem beiliegenden Artikel wird darauf hingewiesen, daß dabei ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Briefträger besteht. Die unterfertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß das Risiko für die Briefträger weitestgehend minimiert werden muß.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

## A n f r a g e

1. Gibt es Auszahlungen von seiten des Bundes an Staatsbürger, bei denen Sie zwingend die Zustellung per Briefträger verlangen?
2. Für welche Auszahlungen wird seitens Ihres Ressorts eine solche Zustellung vorgeschrieben?
3. Wie hoch ist die Summe jener Auszahlungen des Bundes an Staatsbürger, bei denen von Ihrem Ressort eine Zustellung durch den Briefträger vorgeschrieben ist, pro Jahr?
4. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß Auszahlungen, wie z. B. jene des Bergbauernzuschusses, im Zuge einer Reduzierung des Sicherheitsrisikos für Briefträger nicht mehr zwingend durch diesen erfolgen muß?

## Gesetze zwingen Briefträger zum Risiko Reform der Geldzustellung nicht in Sicht

WIEN (wor). Auch nach dem Überfall auf einen Geldzusteller der Post, bei dem am Montag zwei unbekannte Räuber fast eine Million Schilling erbeuten konnten, denkt man bei der Post nicht konkret über bessere Schutzmaßnahmen für die Zusteller nach. Die „Geldboten der Nation“ werden vom Gesetz zu ihren gefährlichen Touren gezwungen. Versuche, die ins Haus zugestellten Summen zu minimieren, sind bisher weitgehend gescheitert.

Etwa vier Milliarden Schilling werden allmonatlich von tausenden „Gesamtzustellern“, wie der Briefträger im Postdeutsch heißt, in die österreichischen Haushalte gebracht. Meist handelt es sich um Pensionen, Arbeitslosen- und Karenzgelde oder Mietzinsunterstützungen. „Wir beliefern natürlich nur jene Personen, die kein Bank- oder Postkonto haben. Das sind aber mehr, als man glauben möchte“, erklärt Dr. Roman Mandl von der Generaldirektion der Post.

### 10.000 Schilling Obergrenze in „gefährdeten Gebieten“

Daß Geldbeträge jedermann ins Haus gebracht werden, verlangt die österreichische Postordnung. Sie sieht sogar einen zweiten Zustellversuch vor, falls der Geldbezieher nicht angetroffen wird. Als Obergrenzen pro Geldsendung gelten 20.000 Schilling, in „gefährdeten Gebieten“ kann 10.000 Schilling als Limit festgelegt werden. Eine Einschränkung der Zustellpflicht haben die Postgewaltigen noch nicht in Erwägung gezogen. „Natürlich könnten Arbeitslose sich die Unterstützung auch am Postamt abholen, aber was machen wir mit gebrechlichen Pensionisten?“, sinniert

Mandl über mögliche Reformen. Das „Konto bei der Post“ sei oftmals beworben worden, auch über die gestaffelte Auszahlung der Pensionen und Beihilfen habe man nachgedacht. „Es wäre uns lieber, wenn sich die Geldauszahlungen nicht zu Monatsbeginn häufen würden. Aber das ist vor allem bei den Pensionen, die von vielen verschiedenen Stellen ausbezahlt werden, schwierig zu koordinieren“, befürchtet Mandl.

Außerdem würden Staffellungen die Geldbezieher verärgern. „Die Leute wollen ihr Geld halt am Ersten“, weiß der Postjurist.

Spezielle Geldzusteller gibt es heute nur noch an wenigen Postämtern. Um die Geldsummen pro Boten und damit das Risiko möglichst gering zu halten, werden die Beträge vom Heer der „normalen Briefträger“ in die Häuser gebracht. Für sie gibt es keinen speziellen Schutz, bestenfalls erhöhte Aufmerksamkeit seitens der Exekutive zu Monatsbeginn. Eine Rückkehr zum alten System verbunden mit besserem Selbstschutz schließt man bei der Post aus. „Wir wollen keine bewaffneten Geldboten. Das würde noch radikalere Formen der Gewalt provozieren“, meint Mandl.



Jeder freut sich über Geld von der Post. Die Räuber bisweilen auch.

Photo: „Die Presse“/Michaela Seidler

Mit welchen Geldsummen man die einzelnen Briefträger auf den Weg schickt, gibt das Postmanagement nur ungern bekannt. Auch über die Höhe der Beute bei Überfällen schweigt man dezent. „Wir wollen niemanden zu Folgetaten motivieren“, erklärt Mandl. Studenten, die als Hilfsbriefträger tätig waren, berichten von mehr als 600.000 Schilling, die sie nach nur einer Woche Einschulung zugestellt hätten.